

Cornelia Reszat und Corinna Genschel

Zwischen sozialem Widerstand und dem Kampf für basisdemokratische interne Strukturen: Feministinnen im Berliner Sozialforum

Anfang 2003 luden etwa 15 Menschen – u.a. die beiden Autorinnen – aus der außerparlamentarischen und parlamentarischen Linken Berlins zu einem ersten Treffen zur Gründung der *Initiative für ein Berliner Sozialforum* ein.

Über die Stärkung und Vernetzung der *existierenden* politischen Kräfte hinaus, verband sich mit der Sozialforumsidee aber eine weitere politische Dimension, die Idee des offenen politischen Raums, in dem aus dem Austausch und Streit mit anderen neue praktische Schritte der Gegenwehr entwickelt und Visionen einer „anderen Welt“ entstehen können. Denn dass neoliberale Politik nahezu ungehindert und grenzenlos in allen gesellschaftlichen Feldern durchgesetzt wird, verdeutlicht eine spezifische Schwäche anti-neoliberaler Kräfte, der es mit mehr als einem weiteren linken Bündnis zu begegnen gilt. Wenn es stimmt, dass deren Hegemonie u.a. durch fehlende Alternativen bedingt ist, muss es politisch darum gehen, radikale Visionen eines Anderen und herrschaftskritische Politiken sozialer und globaler Gerechtigkeit auf der Alltagsebene zu entwickeln. Es geht also darum, eine andere Welt wieder vorstellbar zu machen und einen tatsächlichen Prozess zu initiieren, der von unten basisdemokratisch wächst. Darüber hinaus gilt es, verschiedenen sozialen Realitäten, unterschiedlichen politischen Perspektiven wie auch (linken) Erbschaften der Vergangenheit Rechnung zu tragen. Hierfür aber braucht es neue soziale und politische Räume, Räume für den freien Austausch von Erfahrungen und demokratische Debatten, für politischen Streit und Reflexion wie auch für Vernetzung und Bewegung (Wissen 2004).

Die Gründung eines lokalen Sozialforums bzw. einer Initiative für ein Berliner Sozialforum ergab sich jedoch auch aus lokalpolitischen Besonderheiten der Stadt, inklusive der Bewegungsschwäche oppositioneller Kräfte:

„Zum einen demonstrierte Rot-Grün auf Bundesebene mit Kriegen, Hartz und Agenda 2010, dass in Zeiten der (Verwertungs-)Krise Opposition keinen Sinn macht. Gleichzeitig entsorgt in Berlin Rot-Rot, die ‚linkeste‘ aller nur denkbaren parlamentarischen Optionen, die Rest-Illusionen über den parlamentarischen Reformismus. Zurück bleibt eine wütend-hilflose Verzweiflung jener Bevölkerungsgruppen, die zum Objekt einer ‚Haushalts-Sanierung‘ wurden; dies auch deshalb, weil die kulturelle Hegemonie des Neoliberalismus zu der ‚paradoxen Situation‘ führte, ‚dass es noch nie so große Mehrheiten (gab), die nicht nur vom Gegensatz von Reich und Arm, sondern auch von Herrschenden und Beherrschten überzeugt waren‘“ (Hartmann 2004).

Aus der Perspektive derer, die nicht zum „Kern der Linken“ gehören, griff jedoch diese Überlegung der Bewegungsschwäche zu kurz und musste um dringliche politische Fragen ergänzt werden: Herrschaftsformen und soziale Spaltungslinien haben sich radikal gewandelt und zutiefst verkompliziert. Dies hat nicht nur zu einer Zerklüftung des Sozialen geführt, sondern auch die Bedingungen der Möglichkeit von Politik radikal verändert. So stellte sich für uns Feministinnen schon seit längerem die Frage, wo beispielsweise feministische Politik ansetzen sollte, wenn „Frauenpolitik“ zum ideologischen Bestandteil von Regierungspolitik geworden ist. Wo ansetzen, wenn Geschlechterverhältnisse radikalen Transformationen unterworfen sind – „Geschlecht“ einerseits erodiert, sich andererseits aber ungleichzeitig dazu intensiviert (Brodie 2004)? Wie damit umgehen, dass unter dem Primat der Ökonomisierung und der damit einhergehenden Gesellschaftstransformation Geschlechterverhältnisse „dereguliert“ und entpolitisiert werden? Denn mit Individualisierung und Familiarisierung sind sie eine vermeintliche Privatangelegenheit geworden und kaum sprechbar als politische Anliegen, die gesellschaftlicher Lösungen bedürfen (Lang 2001). Dabei ist das Maß von Individualisierung und Selbstbestimmung so eindeutig wie lange nicht zu einer Frage ethnisierter, vergeschlechtlichter Klassenverhältnisse geworden.

Feministische Analysen der letzten Jahrzehnte sind an vielen Punkten gerade auch für die Gegenwart relevant. Die Reformierung von Arbeit, Subjektivität, Gesellschaft und Leben lassen sich durch feministische Arbeiten detailgenauer verstehen. Denn erst wenn ökonomische Verteilungsfragen im Kontext kulturell-symbolischer Ordnungen analysiert werden, scheinen die Ordnungssysteme auf, die die spezifische Verteilung von Gütern legitimieren und definieren, wer unter welchen Umständen und Bedingungen verteilt (Rolle des Staates), sowie festlegen, was zu verteilen ist (z.B. welche Arbeit, welche öffentlichen Güter usw.) und welche Bedürfnisse wie anzumelden sind (vgl. u.a. Fraser 2001).

Diese Fragen bildeten die *inhaltliche* Folie, auf der wir uns beim Aufbau des lokalen Sozialforums beteiligten. Hier bot sich unserer feministischen Einschätzung nach die Chance, Fragen in konkrete Politiken zu übersetzen und mit anderen zusammen herrschaftskritisch zu agieren. Zudem ergriffen wir die Chance, weil sich „alte“ Strukturen längst aufgelöst oder auf politische Formen reduziert hatten, die unserem Wunsch von radikaler Veränderung schon lange nicht mehr Rechnung trugen.

Die Idee des „offenen politischen Raums“ als Leitidee der Sozialforen war die *organisatorische* Folie, die die Bildung eines Sozialforums für Feministinnen auch auf einer internationalen Ebene attraktiv machte. Vor dem Hintergrund feministischer Erfahrungen, dass eine Formalisierung von Organisationsstrukturen oft zum Ausschluss von Frauen führt und Geschlechterpolitik dem „wichtigen politischen Kampf“ nachordnet¹, sahen wir hier die Chance, feministische Bewe-

gungsideen und Grundüberzeugungen von globaler, sozialer und Geschlechtergerechtigkeit praktisch zu machen und an den neuen (und alten) Widersprüchen entlang nach vorne zu entwickeln. Vielleicht ließe sich dieser Raum auch feministisch nutzen, um die Verwobenheit von Transformation und Geschlecht genauso wie die widersprüchlichen Artikulationen der Geschlechterverhältnisse (auch in den sozialen Bewegungen) emanzipativ aufzubrechen und neue soziale und Geschlechterkämpfe zu ermöglichen.

Sozialforumsarbeit vor Ort – die Initiative für ein Berliner Sozialforum aus einer feministischen Perspektive

Zu Beginn der *Initiative* kamen unterschiedliche Leute aus dem linken und sozialpolitischen und mehrheitsdeutschen Spektrum zusammen – davon waren etwa ein Drittel Frauen. Organisierte Frauen- und Lesbenezusammenhänge, soweit es diese überhaupt noch gibt, haben sich ebenso wenig wie „queere“ oder migrantenpolitische Zusammenhänge beteiligt. Zwischenzeitlich sind auch die „Organisierungslinken“ sowie das sozialpolitische Projektspektrum ausgestiegen. Die *Initiative* ist auf den Kreis der undogmatischen Linken sowie auf Linke, die in ihren Herkunftsorganisationen oder Bewegungen (kritische Gewerkschafter, Ex-PDSlerInnen, Feministinnen) randständig sind, geschrumpft.

Ein lokales Sozialforum funktioniert anders als ein zeitlich begrenzt stattfindendes Weltsozialforum. Hier braucht es regelmäßige Treffen und um sich lokal einen Namen zu machen, ist es erforderlich, sich auch als „Akteur“ und nicht nur als abstrakter „Raum“ zu etablieren. Notwendig waren eine kontinuierliche Struktur als Plenum mit Koordinierungskreis und Arbeitsgruppen, Pressearbeit und eine gewisse Repräsentanz. Die Spannung zwischen „offenem, politischen Raum“ und „lokalpolitischem Akteur“ hat auch die feministischen Optionen von Gestaltung geprägt: Ein „offener Raum“ eröffnet viele Möglichkeiten für Einfluss und Gestaltung, kann aber auch für machtpolitische Auseinandersetzung um Außendarstellung, Entscheidungsfindung und Binnenstruktur benutzt werden. Dies haben im ersten halben Jahr der *Initiative* insbesondere die Männer aus der „Organisierungslinken“ destruktiv genutzt und damit viele Prozesse blockiert (*Initiative für ein Berliner Sozialforum* 2003b). Die entgegengesetzte Gefahr ist, dass in einem „offenen Raum“ keine Entscheidungen gefunden, Schwerpunkte nicht gesetzt, Konflikte nicht ausdiskutiert werden und Praxen nicht entstehen. Der „Raum“ bleibt unbestimmt und ohne politische Wirkung – sicherlich ein Grund, warum ein Großteil der Leute aus der so genannten Projektszene aus der *Initiative* ausgestiegen sind und sich diese im Laufe der Zeit immer mehr zum „Akteur“ gewandelt hat.

So hat die *Initiative* in den vergangenen zwei Jahren unterschiedliche Aktivitäten selber angeschoben oder sich an anderen Aktionen beteiligt. Es gibt die Arbeit an einem „Sozialen Zentrum“, das dem politischen Raum materiell einen Raum geben soll. Frühzeitig haben wir uns an Berliner Aktivitäten gegen die Agenda 2010 und die neoliberale „Reformpolitik“ eingebracht. Foren der Selbstverständigung (*Jour Fixe*), aber auch Diskussionsveranstaltungen für ein breiteres Berliner Publikum wurden organisiert. Als die so genannte „Sozialkarte“, ein ermäßigtes Ticket für den Berliner ÖPNV, abgeschafft wurde, gründete sich eine „Mobilitäts-AG“. Zusammen mit Obdachlosengruppen, Kirchen, Gewerkschaftskreisen und anderen veranstaltete sie Aufsehen erregende Aktivitäten und traf auf Unterstützung in der Berliner Bevölkerung. Anschlussaktivitäten fanden dann aber nur noch wenig Resonanz. Öffentliche Veranstaltungen sollten politische Leerstellen in der sozialpolitischen Debatte besetzen (wie Geschlecht und Migration), Querverbindungen zwischen verschiedenen sozialen AkteurInnen wie illegalisierten ArbeiterInnen und GewerkschaftsvertreterInnen, Berliner Projekten und stadtpolitisch Aktiven sollten hergestellt werden und die sehr unkritische Verteidigung des (idealisierten) Sozialstaats politisch hinterfragt und neue Perspektiven aufgemacht werden.

Aus frauen- und geschlechterpolitischer Sicht haben wir im ersten Jahr der Initiative zunächst ausgelotet und erstritten, welchen Raum es für geschlechterpolitische Themen gibt. Wir haben entsprechende Inhalte in die Leitlinien der *Initiative* eingebracht (*Initiative für ein Berliner Sozialforum* 2003a) und in Form von Sondertreffen (*Jour Fixe*) feministischen Themen Raum gegeben. Auf einer organisatorischen Ebene haben wir versucht, die monatlichen Plena unter geschlechterdemokratischen Gesichtspunkten aktiv mitzugestalten. Gerade die organisierte (Partei- und Gewerkschafts-)Linke hat dabei auf aktive feministische Themensetzung teilweise offen, teilweise strukturell und mit Ausschlussversuchen von Themen und Personen reagiert. Es gab zum Teil offene Abwertungen und sexistische Verhaltensweisen. Kritische Beiträge aus feministischer Sicht wurden zu „Beziehungsfragen“, als „private“ Auseinandersetzungen definiert und damit entpolitisiert. Die Macht der informellen „old boys“-Netzwerke war hier sehr gut zu beobachten. Deren Definition von Expertise und Schnelligkeit schloss all diejenigen aus, die über diese vermeintlichen Qualitäten nicht verfügten und somit „begründet“ aus den engeren Kreisen wie z.B. der Pressearbeitsgruppe verbannt wurden. Aufschlussreich ist an dieser Stelle die Konvergenz von Anti-Feminismus und parteiförmigen Politikformen mit ihrer Massensorientierung, die auch an anderer Stelle den Versuch, basisdemokratische Strukturen aufzubauen, blockierte. Männer aus der undogmatischen Linken, mit denen wir zum Teil auf langjährige Erfahrung, Zusammenarbeit und Konfliktkultur zurückgreifen konnten, waren dem feministischen Projekt gegenüber aufgeschlossener. In der gemeinsamen Basis-Ori-

entierung gelang es, sich in der Durchführung und Durchsetzung von Themen gegenseitig zu unterstützen, Bündnisse herzustellen und Aufgaben zu verteilen.

Die geschlechterdemokratische Gestaltung der ersten Zeit hatte auch zum Ziel, die aktive Sozialforumsarbeit über die ursprünglichen Kreise hinaus anschlussfähig zu machen. Wir wollten die Idee des offenen politischen Raums als Ort, von dem aus widerständige Politik gegen den neoliberal-kapitalistischen Umbau aus verschiedenen Perspektiven entwickelt werden konnte, auch für Feministinnen attraktiv machen und haben aktiv in frauenpolitischen Zusammenhängen für die Teilnahme geworben. Später, nachdem dieser Versuch der direkten Einbindung gescheitert war, ging es uns darum, Feministinnen über Veranstaltungen inhaltlich anzusprechen und Feminismus inhaltlich zum integralen Thema der Politik gegen den Sozialabbau und -umbau zu machen.

Im zweiten Jahr der *Initiative* ließ sich durch diese Erfahrungen den verschiedenen Ausschlussmechanismen expliziter gegensteuern. Nach wie vor ist es wichtig zu thematisieren, wie viele Frauen auf einem Podium sitzen, welche Themen als relevant gesehen werden und was Feministinnen dazu sagen. Durch eine bewusste Moderation der Plena haben wir zudem Maßstäbe für einen anderen Umgang setzen können. So konnte das (ungebrochen männliche) Redeverhalten mittels zeitlicher Vorgaben und Regulierungen positiv beeinflusst werden.

Da aber zu keiner Zeit organisierte feministische Zusammenhänge als solche Einfluss auf die Formierung der *Initiative* bzw. auf die Gestaltung des „offenen politischen Raums“ nahmen, waren es individuelle Durchsetzungsfähigkeit, spezifische Fähigkeiten und das „unsichtbare“ Netzwerk der teilnehmenden einzelnen Feministinnen, die die geschlechterpolitische Gestaltung von Form und Inhalt bestimmten. So waren wir zwar insofern erfolgreich, die linke „Geschlechtslosigkeit“ in Begriffen wie Sozialstaat, Klasse, Arbeit sowie bei möglichen, gewünschten und ausgeschlossenen AdressatInnen „unserer“ Politiken in politischen Diskussionen aufzubrechen, allerdings war dies und ist dies immer an einzelne Personen gebunden gewesen und nicht breiter aufgegriffen worden.

(Geschlechter-)Politische Blockaden und die Idee vielfältiger Berliner Sozialforen

Im dritten Jahr der Initiative stehen wir nun vor dem Problem, dass die *Initiative* massiv geschrumpft und für neue Leute in der jetzigen Form unattraktiv ist. Organisatorisches und Tagespolitisches dominiert die Plena, es ist zu wenig Zeit für politisch engagierte und fundierte Diskussionen. Der Zwang, unmittelbar zu handeln und den „Apparat“ aufrechtzuerhalten, hat Oberhand gewonnen – die *Initiative* bietet nur formal einen „offenen, politischen Raum“. Mangels Kapazitäten bleibt ein Großteil der Aktivitäten an Einzelnen hängen, neue Ideen und Aktivi-

täten werden oft nur halbherzig umgesetzt, angeschobenen Projekte werden beim ersten anstehenden Frust aufgegeben. Ungewollt ist die *Initiative* zu einer der vielen sozialpolitischen Treffen geworden, die alle für sich kleinteilig bleiben und somit nicht als Katalysatoren für „mehr Bewegung“ wirken. Die Erfahrung der letzten beiden Jahre zeigt, dass die Zerklüftung des Sozialen weitaus mehr Folgen für emanzipatorische Praxis hat, als wir es uns vorgestellt haben. „Bewegungen“ lassen sich nicht einfach herstellen, deren Entstehen braucht mehr als individuelles Wollen.

Was also tun? Und was lässt sich aus der Tatsache lernen, dass wir zwar einige frauenpolitische Erfolge erreicht, aber weder feministische Perspektiven nachhaltig gesichert noch gesellschaftspolitisch viel in Bewegung gebracht haben? Hat sich mit den beschriebenen Erfahrungen die politische Notwendigkeit eines offenen politischen Raums erübrigt oder bedarf es anderer Formen, um dies tatsächlich zu realisieren?

Abschließend einige Gedanken:

Die Schwerpunktsetzung der *Initiative* auf Tagespolitik und deren Logik bedeutet, dass der Raum für offene Debatten und Gesellschaftskritik enger wird. Damit einher geht der Verlust von Anschlussfähigkeit für andere Strömungen und Gruppen, die eine enge Fassung von „Sozialpolitik“ ablehnen, weil ihre Interessen und politischen Entwürfe darin verloren gehen. Wenn aber die Idee einer heterogenen sozialen Bewegung mit ihren verschiedenen sozialen Realitäten und politischen Perspektiven ernstgenommen wird, bedarf es weiterhin eines Ortes oder Raumes, an dem kritisch die Auslassungen, politischen Präformierungen und die Reproduktion von Mehrheitsnormen in der sozialpolitischen Debatte hinterfragt werden können. Gleichzeitig gibt es in der *Initiative* Widerstände gegen eine kritische Reorientierung, was für uns die Initiative als Ort von emanzipatorischer Politik problematischer und prekärer macht. Politische Diskussionen um strukturelle und substantielle Veränderungen werden mit der Begründung ausgebremst, dass die Initiative für die wenigen Aktiven zur politischen Heimat geworden sei. „Heimat“ aber für wen? Es scheint, dass die *Initiative* vergessen hat, dass sie für Anderes als für „linke Heimat“ steht und sie mit dieser Argumentation ihre politischen Zielstellungen dem Vergessen preisgibt.

Für uns Feministinnen ergibt sich hier ein grundsätzliches Dilemma: Wie lässt sich die erneute Öffnung des Raumes erstreiten, wenn dieser von anderen Strömungen und Gruppen in den letzten Jahren nicht gefüllt wurde? Wie lässt sich plausibel machen, dass gerade in den Querverbindungen zu feministischer, „kanakischer“ und *queerer* Politik emanzipatorische Potentiale liegen, wenn es die Leute nicht gibt, die dieses konkret erstreiten?

Wir denken, dass Sozialforen gerade auch auf der lokalen Ebene weiterhin notwendig sind. Denn nur hier lassen sich radikale Visionen konkret aus (auch konflikthaften) Begegnungen mit anderen entwickeln und nur hier kann eine alltägliche Politik von (Geschlechter-)Gerechtigkeit entstehen. Solange es aber Tagespolitik und deren Normsetzungen sind, die die politische Praxis bestimmen, gibt es wenig Raum für querliegende Fragestellungen, für noch unklare, widersprüchliche oder eigensinnige Anliegen, für Vorstellungen alternativer politischer, sozialer und kultureller Projekte und Visionen anderer „Lebensqualität“ (Dieckmann 2004). Die Auseinandersetzung um politische Anliegen und den Zusammenhang zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Prozessen muss aber auch aktiv geführt und nicht an andere delegiert werden. Es gilt, Auseinandersetzungen um enge „Betroffenheitsbegriffe“ und „Teilbereichspolitik“ zu führen, die die Einbindung in Politiken um Gerechtigkeit und Demokratisierung verhindern. Wo aber, wenn nicht in solchen Sozialforen, lassen sich die Partikularismen des „fordistischen Normmannes“ (und damit „der Linken“) ebenso wie die Enge von spezifischen Frauen-, lesbisch-schwulen und migrantischen Anliegen überwinden?

Vielleicht sollten wir aus der Erfahrung der Berliner Initiative lernen – es gilt, Sozialforen zu pluralisieren, thematisch zuzuspitzen, zeitlich zu begrenzen und politische Praxis nicht von vornherein festzulegen – also lokale Sozialforen nicht in der Einzigartigkeit sondern in einer Abfolge verschiedener themenspezifischer Ereignisse zu konzipieren. Funktionieren kann dies aber nur, wenn die Idee dann tatsächlich von vielen aufgegriffen und mit eigenen Ideen und Formen gefüllt wird – wenn also der Raum zu einem Eigenen gemacht und erstritten wird.

Anmerkung

- 1 Das passiert auch in den Sozialforen wie z.B. beim letzten WSF (2005), vgl. *Articulación Feminista Marcosur* (2005).

Literatur

- Anand, Anita; Escobar, Arturo; Sen, Jai; Waterman, Peter (Hg.) (2004): *Eine andere Welt. Das Sozialforum*. Berlin.
- Articulación Feminista Marcosur (31.1.2005): *Political Statement of the Diversity Boat at the World Social Forum, Porto Alegre, 2005*. Forummentalismos: The Contradictions of the World Social Forum. www.marcosur.org (englische Übersetzung von Peter Waterman, email vom 7. 2. 2005).
- Brand, Ulrich (2005): *Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien*. Hamburg.
- Brodie, Janine (2004): „Die Re-Formierung des Geschlechterverhältnisses und die Regulierung des Sozialen“. In: *Widerspruch*, Nr. 46, S. 19-32.
- Dieckmann, Martin (2004): „Gerechtigkeit und Freiheit – Ein langer Marsch durch die Krise“. In: *Die Aktion*, Nr. 208 (www.labournet.de/diskussion/arbeit/prekaer/freiheit.html).
- Fraser, Nancy (2001): *Die halbierte Gerechtigkeit*. Frankfurt a.M.

- Hartmann, Dieter (2004): „Produktives Missverständnis. Eine Zwischenbilanz der Berliner Sozialforumsinitiative“. In: *ak – zeitung für linke debatte und praxis*, Nr. 481 (20. 2. 2004).
- Initiative für ein Berliner Sozialforum (2003a): *Leitlinien der Zusammenarbeit*. www.socialforum-berlin.de.
- Initiative für ein Berliner Sozialforum (2003b): *Was ist das SFB: Raum oder Bewegung?* www.socialforum-berlin.de.
- Lang, Sabine (2001): „Reprivatisierungen im neoliberalen Geschlechterregime“. In: *femina politica*, Nr. 2, S. 91-104.
- Wissen, Markus (2004): „Globale soziale Bewegungen und radikale Kritik. Spektren, Ambivalenzen, Herausforderungen internationalen Protests“. In: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.): *Eine Politik sozialer Menschenrechte in Zeiten von Verarmung und Repression*. Köln, S. 45-58.

Anschrift der Autorinnen:

Cornelia Reszat
co.re@gmx.net

Corinna Genschel
genschel@rz.uni-potsdam.de